

Mehr Wettbewerb in der Energiewirtschaft

Die Strompreise steigen stetig, das belastet auf der einen Seite die Privathaushalte andererseits aber auch die zahlreichen stromintensiven Unternehmen in Deutschland. Dabei sind die Strompreise zwischen 1995 und 2000 durch die Liberalisierung der europäischen Strom- und Gasmärkte gefallen. Seit 2001 hat sich dieser Trend aber leider ins Gegenteil umgekehrt. So zahlt ein Durchschnittshaushalt heute etwa ein Drittel mehr für den Strom als noch vor einem Jahr. Dabei sind nur 5% des Strompreises von Privathaushalten auf Kosten für die Förderung von erneuerbaren Energien oder der Kraft-Wärme-Kopplung zurückzuführen. Die Kosten der Energieversorgungsunternehmen (Stromerzeugung, -transport und -vertrieb) sind hingegen seit 2001 um mehr als 30% gestiegen.

Sind die Kostensteigerungen von Seiten der Energieunternehmen gerechtfertigt?

- Die Anführung von gestiegenen Öl- und Gaspreisen ist nicht gerechtfertigt, da in Deutschland kein Öl und wenig Gas zur Stromerzeugung eingesetzt werden.
- Die Preissteigerung bei der Steinkohle kann auch nur am Rande als Begründung herhalten, da sie nur einen 20%-Anteil am Energiemix ausmacht.
- Der Hauptanteil des Stroms wird durch Braunkohle und Kernenergie erzeugt, hier gab es keine Preisänderungen.

Wo steht Deutschland im europäischen Vergleich?

- Im europäischen Vergleich zeigt sich, dass Deutschland sehr hohe Strompreise hat. Nur in drei Staaten (Italien, Niederlande und Dänemark) ist der Strom noch teurer und dass obwohl die Steuerquote in vielen Ländern höher ist als in Deutschland.
- Während der Strompreis im Bereich der Haushaltskunden in Europa zwischen 2000 und 2006 um durchschnittlich 9% gestiegen ist, ist in Deutschland eine Preissteigerung von 43% zu verzeichnen.

Welche Ursachen sind für den Preisanstieg verantwortlich?

- In Deutschland verfügen vier Energieversorgungsunternehmen (E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW) über mehr als 80% der Kraftwerkskapazität und deren Netzbetreiber-Gesellschaften besitzen 100% der Übertragungsrechte. Diese vier Unternehmen konnten in wenigen Jahren ihren Gewinn von 4,6 auf 13,5 Mrd. Euro pro Jahr steigern.
- An den europäischen Energiebörsen steigen derzeit die Preise. Weil der Börsenpreis – der sich an den Erzeugungskosten des teuersten Kraftwerks orientiert – steigt, steigen auch die Endverbraucherpreise insgesamt. Dabei lassen sich natürlich kräftige Gewinne mit den Kraftwerken machen, die billiger produzieren.

Was also ist zu tun?

- Ein funktionierender Wettbewerb ist Grundvoraussetzung für niedrigere Strompreise. Der erste Schritt hin zu einem solchen Wettbewerb ist getan. Die Bundesnetzagentur hat den Energieversorgungsunternehmen, die mit ihren Netzen ein natürliches Monopol besitzen, die Netzentgelte drastisch gesenkt. Diese machen mehr als ein Drittel des Endpreises für Privathaushalte aus.
- Ein weiterer Schritt in Richtung funktionierendem Wettbewerb soll nun über die so genannte Anreizregulierung gemacht werden. Dahinter verbirgt sich die Idee, dass sich die Netzentgelte, die die Netzbetreiber den Wettbewerbern berechnen dürfen, nicht mehr an überhöhten Kosten, sondern am kosteneffizientesten Netzbetreiber orientieren.

- Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass die deutsche Kartellbehörde verstärkt gegen die marktbeherrschende Stellung der Energieversorgungsunternehmen vorgeht.
- Zudem wollen wir im Energiebereich das Wettbewerbsrecht verschärfen.
- Auch auf Europäischer Ebene müssen wir uns für mehr Wettbewerb einsetzen: Die EU-Kommission braucht unsere Unterstützung bei ihrem Bemühen, die von ihr angestrebten Wettbewerbsverfahren mit aller Härte und ohne Rücksicht auf nationale Befindlichkeiten durchzuführen. Auch bestärken wir die Kommission bei der Erarbeitung neuer, schärferer Regelungen.

Was ist unser Ziel?

Ganz entscheidend kommt es darauf an, dass in der Stromerzeugung mit neuen Kraftwerken und neuen Wettbewerbern ein funktionierender Markt entsteht.

Wie soll es erreicht werden?

- Bestehende Anbieter dürfen beim Zugang zum Netz nicht gegenüber neuen Wettbewerbern privilegiert werden.
- Die Stromnetze müssen ausgebaut werden. Mit dem von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten Gesetzentwurf zur Beschleunigung der Planungsverfahren, leistet die Politik ihren Beitrag.